

ZERO COVID

Solidarität in den Zeiten der Pandemie

Nummer 2 · Mai 2021

Inhalt

- Yaak Pabst
FAQ zur ZeroCovid-Kampagne Seite 2
- Kathrin Hartmann
Klima, Regenwald und das Virus Seite 3
- Verena Kreiling
LongCovid Seite 4
- Roy Wilkes
Zero-Covid-Kampagne in Britannien Seite 7
- Bea Sassermann
Corona-Katastrophe Brasilien Seite 7
- Christoph Butterwegge
Soziale Ungleichheit und Covid-19 Seite 8

Drei Millionen Corona-Tote und die Solidarität

Der Erste Mai – Tag der arbeitenden Menschen – und der 12. Mai – Tag der Pflege – haben in diesem Jahr einen dreifach bedrückenden Hintergrund. Erstens kann vielerorts nur unter Einschränkungen für die Rechte der Arbeitenden im Allgemeinen und für die Rechte der Pflegekräfte im Besonderen demonstriert werden. Zweitens gedenken wir der mehr als drei Millionen Menschen, die weltweit binnen 15 Monaten durch die Corona-Pandemie den Tod fanden. Davon rund eine Million in Europa. Mehr als 100.000 in den drei deutschsprachigen Ländern. Allein in Deutschland mehr als 80.000. Wir erleben die größte Pandemie seit der Spanischen Grippe, also seit gut 100 Jahren. Drittens zeigen sich in dieser Pandemie der Klassencharakter der Gesellschaft und die Dominanz von Männerherrschaft so deutlich wie kaum je zuvor: Im Corona-Jahr 2020 wurden die Reichen sprunghaft reicher. Die Armut weitete sich dramatisch aus. Die Gewalt gegen Frauen und Kinder nahm massiv zu. Das Covid-19-Virus wütet besonders heftig unter den Menschen, die in beengten Verhältnissen leben, für die Home Office keine Alternative ist beziehungsweise unter Menschen, die im globalen Süden in Elendsvierteln leben. Beispiel Brasilien. Dort starben im April täglich mehr als 3000 Menschen im Zusammenhang mit Corona. Mehr als drei Viertel von ihnen zählen zum ärmsten Teil der Bevölkerung.

Doch man muss nicht nach Brasilien oder Indien schauen, um den Zusammenhang von Armut und Corona zu erkennen. Seit April schufen wieder 300.000 Menschen aus Osteuropa auf deutschen Äckern und Feldern. Der reale Stundenlohn – nach diversen Abzügen – liegt meist unter fünf Euro. Der Skandal im Skandal: Diese Menschen haben grundsätzlich keine Sozialversicherung und nicht selten nur eine private Krankenversicherung, bei der die Corona-Kosten ausdrücklich ausgeschlossen sind. Bis 2019 war Erntehilfe durch ausländische Arbeitskräfte auf 70 Tage im Jahr



Zum „Tag der Pflege“ siehe Seiten 2, 6 und 8 (Foto: Alberto Giuliani)

begrenzt. 2020 wurden daraus 115 Tage. Das sollte die Ausnahme sein, wurde jedoch nun für 2021 verlängert. Die Marktpreise für Spargel und Erdbeeren in den deutschen Supermärkten sollen eben niedrig bleiben und eine Exportoffensive der Agrarwirtschaft ermöglichen. Bereits 2020 kam es bei Erntehelferinnen und Erntehelfern zu Tausenden Infektionen, zu hunderten Covid-19-Erkrankungen und zu einigen Corona-Toten. Das ist auch für 2021 vorprogrammiert. Es gilt die Formel: Bulgarische Arbeitskräfte auf deutschen Feldern plus Dumpinglohn = französische Bauern im Ruin.

Merkel, Macron & Kurz behaupten: „Wir tun in der Pandemie unser Bestes“. Das trifft nicht zu. In mehr als einem Dutzend Ländern mit mehr als 1,8 Milliarden Menschen gibt es ein Leben nahe Zero Covid. U.a. in Taiwan, Neuseeland, Australien, Vietnam, Südkorea und China. Dort können die Menschen seit langem weitgehend ihr gewohntes Alltagsleben führen. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: Erstens haben die meisten dieser Länder sehr früh die Covid-19-Gefahr erkannt und angemessen reagiert.

Zweitens wird dort in weiten Teilen eine Gesundheitspolitik verfolgt, bei der die Eindämmung der Infektionen auf nahe Null das Ziel ist. Damit wird ein Zustand erreicht, bei dem Infektionsketten verfolgt und die Epidemie weitgehend gestoppt werden können. Das wiederum reduziert die Zeiten, in denen harte Restriktionen und Lockdowns notwendig sind – womit auch die psycho-sozialen Lockdown-Folgen minimiert werden. Stattdessen gab es in Europa in den ersten 10 Wochen des Jahres 2020 das skandalöse Herunterspielen der Pandemiegefahr. Das Virus durfte sich flächendeckend ausbreiten. Seit nunmehr 14 Monate gibt es diese erbärmlich einfallslose Jojo-Lockdown-Politik. Bereits die zweite Pandemiewelle im Herbst 2020 wurde fahrlässig provoziert. Die aktuelle, dritte Welle wurde politisch produziert – durch eine verantwortungslose Debatte über Öffnungen und sogenannte „Modellversuche“. Darüber hinaus befindet sich das Gesundheitssystem weiterhin in einem schlechten Zustand. In Deutschland wurden 2020 weitere 20 Kliniken geschlossen. Es fehlen 100.000 Pflegekräfte – weil ihnen die Klinik-Betreiber zu viel auf-

bürden und zu wenig bezahlen. Kurzum: Die Politik ist verantwortlich für den unnötigen Tod von Hunderttausenden.

Im DGB-Aufruf zum 1. Mai 2021 heißt es: „Nur gemeinsam mit allen Beschäftigten und mit Unternehmen, die nicht auf schnelle Profite setzen, wird es uns gelingen, rasch die Krise zu überwinden.“ Der Gewerkschaftsbund präsentiert damit eine verkehrte Welt. Tatsachen sind: Alle großen Konzerne und Banken nutzen die Corona-Krise, um „schnelle Profite“ zu erzielen und Jobs abzubauen. Während der private Bereich, Kleinunternehmen und kleine Selbständige von den Corona-Maßnahmen hart getroffen sind, bleibt die eigentliche Produktionsphäre strikt ausgeklammert. Dort, wo – z.B. in der Fleischindustrie, auf dem Bau und in Logistikzentren – Tests vorgenommen werden, zeigt sich: Das Virus zirkuliert gerade dort. Hunderttausende Menschen, die in Betrieben, Büros und auf Baustellen tagtäglich arbeiten, werden unnötig der Gefahr einer Infektion ausgesetzt. Es geht exakt nur um „schnelle Profite“.

Es sind weltweit die Bolsonaros, Lindners, Gaulands, alle Unternehmervertreter und die politische Rechte, die sagen: Lockdown im Allgemeinen ist schlecht. Die Wirtschaft im Besonderen muss außen vor bleiben. Wir sagen: Bleibt das so, dann wird sich das Virus immer wieder aufs Neue ausbreiten. Solidarität am 1. Mai und darüber hinaus heißt: Notwendig ist ein solidarischer Shutdown. Getragen von unten. Mit dem Ziel Zero Covid. Mit dem Ergebnis: Rettung von Tausenden Menschenleben. Dabei müssen auch alle nicht-systemrelevanten Bereiche der Wirtschaft für eine gewisse Zeit heruntergefahren und ein flächendeckender Schutzschirm für alle dort Beschäftigten aufgespannt werden. Die Gewerkschaften müssen ihrer Pflicht nachkommen: Schutz der Lohnabhängigen. Nach drei tödlichen Pandemiewellen ist klar: Die Regierenden schützen nicht uns, sie schützen Konzerne, Kapital und Big Pharma. Die große Mehrheit der Menschen schützt sich individuell und trägt dazu bei, die gesellschaftliche Katastrophe einzudämmen. Wichtig ist gemeinsames Handeln. Es gilt, sich selbst zu organisieren. Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite.

Das Virus. Der Mensch. Das Kapital

Bini Adamczak

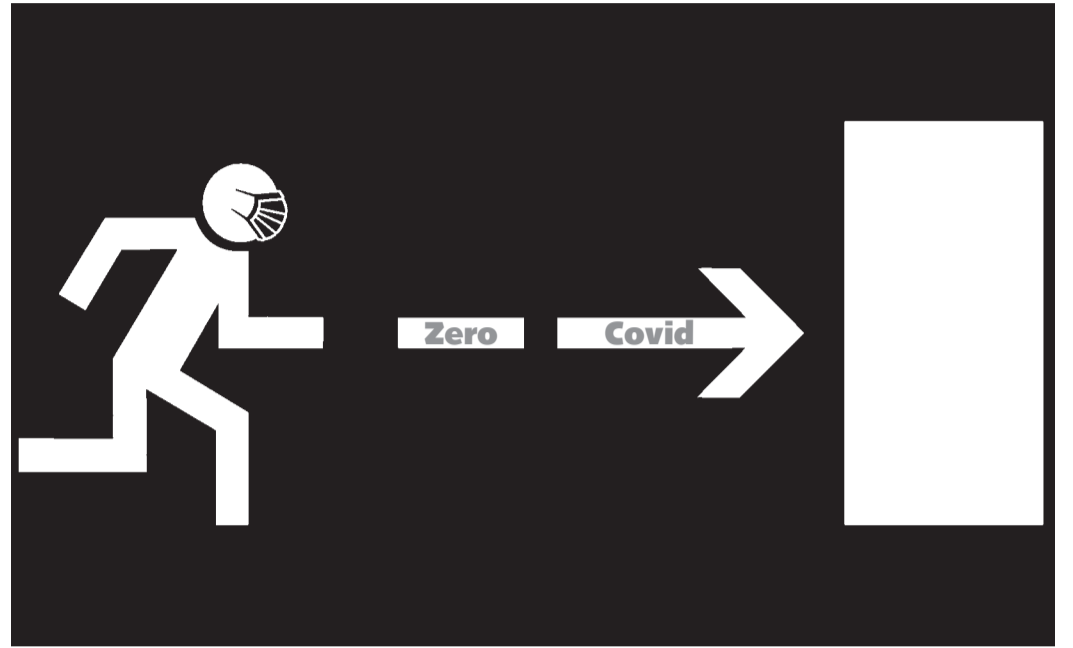
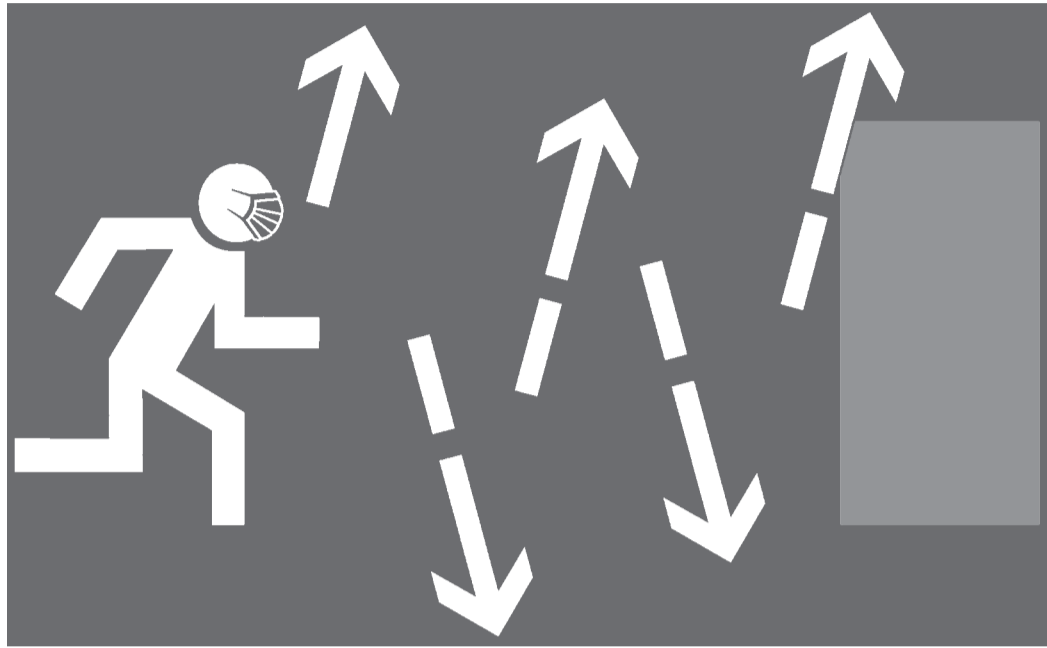
Weniger als hundert Jahre liegen zwischen dem Tag, an dem ein Virus zum ersten Mal direkt beobachtet wurde, und dem Tag, an dem es an seiner Fortpflanzung gehindert, in ein anderes Virus eingebaut oder geteilt und in Fettkügelchen (Lipidnanopartikel) verpackt werden kann. Doch dieselbe Menschheit, die gleich mehrere Impfstoffe gegen eine Epidemie binnen weniger Monate zu entwickeln vermag, schließt sogleich einen Großteil ihrer Mitglieder mittels Patentrecht von deren Gebrauch aus. Noch in der radikalen Erfahrung von Gleichheit angesichts einer erdumspannenden Gefahr scheint die Menschheit um nichts mehr bemüht als darum, die Ungleichheit zu erhalten. Das unterscheidet die historische Situation, die wir erleben, von den Film-Drehbüchern, in denen eine allgemeine Bedrohung die Konkurrenten aller Länder zur Besinnung kommen lässt und die Menschheit vereint. Vielleicht rührt ein Teil der Verwirrung angesichts des fortgesetzten Irrsinn auch daher.

Das Virus, das nur wenige Wochen gebraucht hat, um von Menschenmund zu Menschenmund einmal um die Erde zu reisen, hat einen Begriff der Menschheit in Erinnerung gerufen, der in der Philosophie, auf dem indischen Subkontinent oder dem afrikanischen Kontinent lebendig ist, aber in Europa oder USA in Vergessenheit gehalten wird. Gleichzeitig gleich und ungleich. Es ist dieselbe Menschheit, die immer mehr Wissen über immer kleinere Bereiche hervorbringt, und nicht allzu viel mit diesem Wissen anzufangen weiß. Dieselbe Menschheit, die mit tagesgenauer Präzision pandemische Wellen prognostiziert und bei jeder neu überrascht ist, wenn sie tatsächlich eintritt. Es ist dieselbe Menschheit, die mit den mRNA Verfahren beginnt, organische Nanomaschinen zu bauen und immer noch Kohle aus dem Tagebau kratzt, um sie an der Luft zu verfeuern. Dieselbe Menschheit, die ihre ununterbrechbare Verbundenheit mit Fledermäusen, Hunden, Nerzen erkennt und weiterhin meint, nichtmenschliche Tiere aus ihrer geschlossenen Gesellschaft heraushalten zu können. Dieselbe Menschheit, die immer verfeinerte Produktivkräfte entwickelt und sich durch die immer selben Produktionsverhältnisse um deren Genuss bringen lässt. Es ist das anhaltende Drama des Kapitalismus, das diese Menschheit aufführt, wenn sie nur ein Jahr braucht, um mehrere Impfstoffe zu entwickeln, die eine tödliche Krankheit in eine milde Erkältung verwandeln, aber mindestens drei Jahre, um sie auch den Armen zu geben.

Bini Adamczak ist Philosophin und Künstlerin und lebt in Berlin.

#FAQ: Ist es für #ZeroCovid schon zu spät?

#ZeroCovid fordert einen Strategiewechsel in der Pandemiebekämpfung. Von ganz links bis rechts hagelt es Kritik: weltfremd, kapitalhörig, halbtotale Fantasie. Was ist dran an der Kritik? Wie geht es in den nächsten Monaten weiter?



Yaak Pabst

Wer ist die Initiative #ZeroCovid?

#ZeroCovid ist eine Initiative, die sich für einen grundsätzlichen Strategiewechsel in der Pandemiebekämpfung einsetzt. #ZeroCovid kritisiert die undemokratische, unsoziale und ineffektive Lockdown-Jojo Politik der Regierenden. Mehr als 100.000 Menschen haben den Aufruf von #ZeroCovid bereits unterschrieben – darunter viele Aktive aus verschiedenen Parteien, Gewerkschaften oder Frauenorganisationen, genauso wie Kulturschaffende, Gesundheitsarbeiterinnen oder Studierende.

Wofür steht #ZeroCovid?

#ZeroCovid setzt sich, wie viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder auch andere Initiativen, für eine Niedrig-Inzidenz-Strategie ein – also für eine radikale Reduzierung der Fallzahlen bis nahe Null. #ZeroCovid ist aber eine linke Initiative. Deswegen ist #ZeroCovid gegen Demonstrationsverbote und für den Schutz derer, die

von der herrschenden unsozialen Lockdown-Politik besonders hart getroffen werden.

Ist #ZeroCovid kapitalhörig?

Nein. Im Unterschied zu anderen Konzepten hat #ZeroCovid Forderungen entwickelt, welche die Arbeitswelt in die Pandemiebekämpfung miteinbeziehen. #ZeroCovid ist außerdem für eine solidarische Umverteilung der Kosten der Krise. Die Reichen und nicht die Armen sollen diese Krise bezahlen. Die Initiative steht dafür ein, dass Impfstoffe globales Gemeingut werden und das Gesundheitssystem massiv ausgebaut wird. Ganz grundsätzlich steht dahinter ein Gedanke: Gesundheitsschutz vor Profitinteressen.

Warum kritisiert #ZeroCovid die herrschende Lockdown-Politik der Regierungen?

Die Pandemie hat sich weltweit beschleunigt und vertieft: Mehr als 137 Millionen Infizierte und fast drei Millionen Tote sind die traurige Bilanz. In Europa infizierten sich bisher mehr als 45 Millionen Menschen und mehr als eine Millionen Menschen sind

durch Covid-19 gestorben. Dieses Desaster ist Folge der gewählten Mittel-Inzidenz-Strategie der meisten Regierungen („Flatten-The-Curve“).

Aber ist es für eine Niedrig-Inzidenz-Strategie nicht längst zu spät?

Nein. Auch während einer Impfkampagne ist es von großem Vorteil, niedrige Fallzahlen zu erreichen. Hohe und selbst mittlere Fallzahlen geben dem Virus die Chance zu sogenannten Fluchtmutationen (Escape-Varianten). Davor warnen Forschende seit Beginn der Pandemie. Wenn dem Virus erlaubt wird „mit uns zu leben“, obwohl Millionen Menschen noch keinen Immunschutz besitzen, können neue gefährlichere Varianten des Erregers entstehen – nicht nur durch Mutationen, sondern auch durch Kreuzungen. So könnten Virenstämme entstehen, welche die Eigenschaften mehrerer Mutationen verbinden und den Immunschutz durch eine Impfung umgehen. Diese Escape-Varianten können sich dort entwickeln, wo viele Menschen geimpft sind und gleichzeitig eine hohe oder mittlere Inzidenz herrscht. Deswegen ist es nicht zu spät für #ZeroCovid. Eine Niedrig-Inzidenz-Strategie ist eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Impfstrategie.

Aber Länder, die mit einer solchen Strategie erfolgreich waren, sind entweder Diktaturen oder Inselstaaten. Ist eine solche Perspektive für Europa nicht unrealistisch?

Um eine Seuche erfolgreich zu bekämpfen, ist weder eine Insellage noch eine Diktatur mit autoritärem Polizeistaat nötig. Das 1x1 der Epidemiologie ist Schnelligkeit. Dazu gehört: testen, nachverfolgen, schützen und schließlich impfen. An diesen simplen Grundvoraussetzungen scheitern jedoch die meisten Regierungen. Auch auf einer Insel würde sich das Virus exponentiell verbreiten, wenn es nicht konsequent gestoppt wird, dasselbe gilt für Diktaturen. In Europa wäre es nicht schwer, die Seuche

nachhaltig zu bekämpfen. Viele Länder sind reich und haben die finanziellen Möglichkeiten, um medizinisch-technische Hilfsmittel zu organisieren, die dafür nötig sind: kostenfreie PCR-Massentests und FFP-2 Masken sowie den massiven Ausbau des Gesundheitssystems, speziell jener Bereiche, die für Seuchenprävention, Kontaktverfolgung und großflächige Public-Health-Screenings benötigt werden. Es ist eher umgekehrt: Die Mittel-Inzidenz-Strategie der Regierungen in Europa führt dazu, dass die Gesellschaften im Dauerlockdown verharren und in diesem Kontext die Bürger- und Freiheitsrechte dauerhaft massiv

sind besonders die Innenräume von Fabriken, Büros oder Schulen. Ziel sollte ein Inzidenzwert von höchstens 10 Fällen pro 100.000 Einwohnern sein. Erst mit diesem tiefen Niveau wird es möglich sein, jede Ansteckung einzeln zu verfolgen. Für dauerhaft niedrige Fallzahlen hat #ZeroCovid einen Stufenplan entwickelt.

Wie geht es in den nächsten Monaten weiter? Was muss jetzt getan werden?

Wir befinden uns mitten in der dritten Infektionswelle. Auch eine vierte oder fünfte Welle ist nicht ausgeschlossen. Die Inzidenzen steigen, die Intensivstationen

Pflege: Entlastung durch Belastung

14.00, mein Telefon klingelt. Ich bin seit einer Stunde wach, probiere aus meinem Nachtdienst-Rhythmus zu kommen. Meine Chefin ist dran, ob ich nicht noch zwei Nächte machen könnte, der Kollege ist krank. Corona. Ich lege mich wieder ins Bett. Es werden meine fünfte und sechste Nacht sein. Mein Kollege allerdings wird vier Wochen nicht mehr zum Arbeiten kommen und noch länger mit Folgerscheinungen kämpfen. Er ist einer von Vielen. 241 Kolleg:innen sind bereits verstorben. Beim Lesen der Neuigkeiten zum Maßnahmenpaket des Gesundheitsministeriums stoße ich auf den Artikel „Gute Pflege, auch in Zeiten des Coronavirus“. Darin beschrieben: Maßnahmen, die dazu dienen sollen Pflegebedürftige und Pflegekräfte zu entlasten. Unter Punkt sechs wird das Aussetzen des Pflegepersonalschlüssels gelistet. Bei Pflegemangel und hohen Erkrankungs- und Todeszahlen in dem Beruf bedeutet das für die verbleibenden Kräfte Überstunden und Überarbeitung. Das ist keine Entlastung. Aber Pflege soll vor allem eins funktionieren: Sie muss seit Jahrzehnten die Folgen einer profitorientierten Politik abfangen; den Laden am Laufen halten. Den Mund halten. Nicht beschweren. Nicht streiken. Was wäre denn Entlastung? Wir müssen diese Pandemie so schnell wie möglich beenden!

Christina Zacharias, Karlsruhe

eingeschränkt werden.

Geht es #ZeroCovid also nur darum, einen noch „härteren“ Lockdown durchzusetzen?

Nein. Es geht um einen effektiveren Lockdown, der diejenigen schützt, die besonders von der Pandemie betroffen sind – sowohl in sozialer als auch in gesundheitlicher Hinsicht – und der in einen grundsätzlichen Strategiewechsel eingebettet sein muss. „Hart“ kann vieles bedeuten. Das Wort verdeckt aber die notwendige Diskussion darüber, welche Maßnahmen eigentliche effektiv sind. Ausgangssperren sind hart, aber nicht effektiv. Homeoffice-Pflicht ist effektiv, aber nicht hart. Ein Lockdown ist dann besonders effektiv, wenn jene gesellschaftlichen Bereiche geschlossen werden, in denen vermehrt Infektionsketten entstehen: Das

füllen sich und mit den Virus-Mutationen drohen mehr schwere Verläufe und noch mehr gesundheitliche Langzeitschäden – auch für Jüngere. Nur niedrige Fallzahlen haben Vorteile für alle: Ob Schülerinnen oder Krankenpfleger, ob Supermarktverkäufer oder Rentnerinnen – wenn die Seuche unter Kontrolle ist, stecken sich weniger Menschen an und die Infektionsketten können nachvollzogen werden. Niedrige Fallzahlen retten Leben und ermöglichen eine sichere Rückkehr zu gesellschaftlichen Aktivitäten. Bei niedrigen Fallzahlen können die Schulen und Kitas ohne Risiko geöffnet werden und die Menschen in systemrelevanten Jobs oder die ein besonders hohes Risiko haben, an COVID-19 zu erkranken, werden nicht unnötig gefährdet. Für eine solche Perspektive gilt es, Druck zu machen.

Impressum – Bestellungen – Redaktion

ZeroCovid – Solidarität in den Zeiten der Pandemie erschien erstmals am 17. Februar 2021. Die aktuelle Ausgabe Nr. 2 wurde erstmals am 21. April 2021 gedruckt. Der Aufruf für die Kampagne ZeroCovid – zugleich die Plattform dieser Zeitung – findet sich auf der Website: www.zero-covid.org

Bezugspreise Bis 100 Ex. gibt es drei Paketpreise – jeweils einschließlich Porto und Verpackung und einheitlich für BRD, Österreich und Schweiz:

25 Ex. = 10 Euro 50 Ex. = 15 Euro 100 Ex. = 25 Euro.

Danach in 100er Schritten je Ex = 15 Cent plus Porto & Verpackung. Also z.B. 200 Ex mal 0,15 = 30 Euro und Porto/Verpackung ca. 12 Euro = 42 Euro (hier: BRD).

Bitte Zahlung nur nach Erhalt der Rechnung.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts Dr. Winfried Wolf

Träger: BFS e.V. – Büro für Frieden & Soziales · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf

ZeroCovid – Solidarität in den Zeiten der Pandemie finanziert sich ausschließlich über Kostenbeiträge und Spenden.

Konto (für Spenden) BFS e.V. · MBS (Mittelbrandenburgische Sparkasse)

IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 SWIFT-BIC: WELADED1PMB

Bestellungen bitte möglichst über das online-Formular auf der ZeroCovid-Website (dort Kasten auf der Startseite oder über „Material“ (direkt: <https://zero-covid.org/zeitung/>)). Per E-Mail an: heinoberg38@googlemail.com

Bestellungen telefonisch 0 179 - 7 74 55 27 (Heino Berg)

Post an die Redaktion BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf /

Redaktion Angela Klein (Köln) · Verena Kreilinger (Salzburg) · Yaak Pabst (Berlin) ·

Winfried Wolf (Michendorf) · Christian Zeller (Salzburg)

Beirat Torsten Bewernitz (express Redaktion) · Violetta Bock (Sozialistische Zeitung /

SoZ) · Ulrich Duchrow (Wissenschaftlicher Beirat von Attac) · Ulrich Franz (baso Wuppertal) ·

Christian Haasen (Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte / VDÄÄ) · Oliver Pye

(Wiss. Beirat von attac) · Christina Zacharias (LINKE, Karlsruhe)

Gestaltung Joachim Römer (auch Fotos & Grafiken S. 2, 3, 4, 5 & 8)

Comics (Seite 6 & 7) foxitalic · <http://foxitalic.de/>

Von Krise zu Krise

Deutschland und die EU zerstören die Wälder und fördern so die Entstehung von Pandemien

Kathrin Hartmann

Die Europäische Union steht auf Platz zwei der „Weltrangliste der Waldzerstörer“: Laut einer Studie des Naturschutzorganisation WWF ist die EU durch ihre Importe für 16 Prozent der Tropenabholzung zwischen 2005 und 2017 verantwortlich. Das entspricht einem Waldverlust der vierfachen Fläche des Bodensees. Denn die EU importiert in großem Stil problematische Rohstoffe: vor allem Palmöl und Soja, aber auch Holz, Kakao, Kaffee und Rindfleisch. Innerhalb der EU ist Deutschland für die meiste Waldzerstörung verantwortlich: im Schnitt werden für die deutschen Importe jährlich mehr als 43.000 Hektar abgeholzt. Kein EU-Land produziert mehr Fleisch und Milchprodukte – vor allem für den

Export. Dafür braucht es riesige Mengen von Futtersoja. Deshalb wurde das EU-Ziel, die Entwaldung bis 2020 zu stoppen, nicht erreicht. Im Gegenteil: 2020 ist der Waldverlust in den Tropen massiv gestiegen.

Die importierte Waldvernichtung verursacht ein Viertel der EU-Emissionen aus der Landwirtschaft. Das fördert Klimaerwärmung und Pandemien: Mehr als zwei Drittel der Erreger, die Epidemien wie Ebola, Zika oder die Vogelgrippe auslösten, stammen ursprünglich von Wildtieren, die in tropischen Regionen heimisch sind. Werden diese Lebensräume und intakte Ökosysteme zerstört, „führt das zu einem Verlust der Artenvielfalt und verändert die Zusammensetzung der Säugetierpopulationen“, erklärt die Virologin Sandra Junglen, die an der Berliner Charité Viren, die noch keinen Kontakt zu Menschen hatten, erforscht. „Weniger Artenvielfalt bedeutet mehr Tiere einer Art. Wenn mehr Tiere einer Art im selben Lebensraum vorkommen, können sich Infektionskrankheiten zwischen den Tieren einer Art besser verbreiten.“ Die industrielle Landwirtschaft dringt immer weiter in die letzten intakten Naturgebiete vor. Die Tiere – etwa Fledermäuse – verlagern ihre Lebensräume und nähern sich denen der Menschen an, was die Übertragungsraten in die Höhe treibt. Die industrielle Tierhaltung für die wachsende Fleischproduktion sorgt ebenfalls dafür,

Export. Dafür braucht es riesige Mengen von Futtersoja. Deshalb wurde das EU-Ziel, die Entwaldung bis 2020 zu stoppen, nicht erreicht. Im Gegenteil: 2020 ist der Waldverlust in den Tropen massiv gestiegen.

Zentren finanzieren die Abholzung und das Agribusiness.“ Nach der Finanzkrise 2008 haben Investmentfonds und Banken den Agrarsektor entdeckt und investierten in Land, Rohstoffe wie Palmöl und Soja sowie in die Fleischproduktion. Auch in Wuhan, wo der Ursprung des Corona-Virus vermutet wird. Wallace: „Goldman Sachs übernahm 60 Prozent der Anteile an Shuanghui Development, einem chinesischen Agrarunternehmen. Das hatte zuvor Smithfield Foods gekauft, den weltgrößten Schweinefleischproduzenten aus den USA. Umgekehrt kaufte Goldman Sachs Geflügel- und Schweinefarmen in den Nachbarprovinzen von Wuhan. Dort werden Wildtiere, die für die Stadt gefangen werden, gegen Fledermäuse gedrängt, die SARS-Stämme beherbergen.“

Corona hat dieselbe strukturelle Ursache wie der Klimawandel und der Verlust der Biodiversität: die kapitalistische Produktion und die Ausbeutung von Natur und Menschen. Die Pandemie zeigt, wie sehr die ökologische und die soziale Frage zusammenhängen. Es ist wichtiger denn je, darüber nachzudenken, wie wir dieses System ändern können. Sonst schlittern wir von einer existentiellen Krise zur nächsten.

Kathrin Hartmann ist ZC-Autorin, Journalistin und Buchautorin. Zuletzt erschien: „Grüner wird's nicht“.



Deutschland – ein epidemiologisches Entwicklungsland

Wolfgang Hien

Dem RKI-Lagenbericht ist zu entnehmen: Nach einem Pandemie-Jahr, Mitte April 2021, sind in Deutschland 270 Gesundheits- und Sozialarbeiter/innen – also mitten „im Dienst“ – an Covid-19 verstorben. Von anderen Berufsgruppen wissen wir hierzulande nichts oder fast nichts. Britische und kalifornische Studien zeigen, dass aufgrund der SARS-CoV-2-Gefährdung – im Vergleich zu den Vorjahren – Pflegekräfte ein 2,5-faches und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, in der Lebensmittelindustrie, auch Sicherheitspersonal, Taxifahrer/innen und einige weitere Berufsgruppen ein bis zu 2,5-fach erhöhtes Sterberisiko haben. Es sind die tatsächlich „systemrelevanten“ Arbeiter/innen am unteren Ende der Einkommensskala, die die härteste Arbeit leisten, besonders beengt wohnen und das höchste Risiko tragen. Die SARS-CoV-2-Gefährdung hat einen eindeutigen Klassencharakter. Doch genau dieses Wissen wollen Kapital und politische Elite hierzulande tunlichst „vom Tisch“ haben. Ja: Sie tun alles, um dieses Wissen zu unterdrücken. Von Arbeiterklasse zu reden, ist – im Gegensatz etwa zu Großbritannien – hierzulande, auch für die meisten Medien, tabu. Epidemiologische Studien können die krassen Unterschiede im Arbeiten, Krankwerden und Sterben offenlegen. In Deutschland freilich haben wir die paradoxe Situation, dass diese Erkenntnisse durch einen vorgeblich strengen Datenschutz verunmöglicht werden. Die Nazi-Vergangenheit berechtigte zwar zu Ängsten, dass die Erfassung persönlicher Daten gegen uns gewendet werden – „Erfassung zur Vernichtung“ –, doch stellt sich die Situation heute anders dar: IT-Konzerne sammeln Daten für ihre globale Kontroll- und Manipulationsmaschine, und die politische Elite wird zu deren Lakai. Was wir – in einem für die arbeitenden Klassen nützlichen Sinne – bräuchten, wäre eine Epidemiologie, die die Risiken, in denen die Menschen arbeiten und leben, klar aufdeckt und damit Orientierungen gibt, die für Aufklärung und Widerstand genutzt werden können.

Dr. Wolfgang Hien lebt in Bremen. Er ist Arbeitswissenschaftler (Forschungsbüro für Arbeit, Gesundheit und Biografie). Website: www.wolfgang-hien.de

Impfstoff-Imperialismus

Jonathan Schmidt-Dominé

Vor knapp einem Jahr startete COVAX, das Impfprogramm der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Sein Versprechen, dass europäische Spenden eine global gerechte, bedarfsorientierte Impfstoffverteilung und damit ein rascheres und nachhaltiges Ende der Pandemie erlauben würden, erwies sich als Betrug: Von COVAX werden die Empfängerstaaten, die zusammen die Hälfte der Weltbevölkerung umfassen, bis Juli nur für 3%, bis Dezember für 20% ihrer Bevölkerung Dosen erhalten. Europa und die USA setzen alle Hoffnung in die Impfstoffe, die sie sich durch Exklusivverträge und Exportverbote sichern, bevor sie der WHO und den ärmeren Ländern zu Gute kommen können.

Es liegt in der Verantwortung der europäischen Länder und der USA, durch Technologietransfer Barrieren für den Produktionsausbau im globalen Süden so weit wie möglich aufzuheben. Während AstraZeneca, Gamaleya und Novavax die Produktion ihrer Impfstoffe in einigen Schwellenländern in gewissem Umfang bereits ermöglichen und die Wirksamkeit der Totimpfstoffe aus China und Indien beschränkt ist, liegt jetzt ein großes Potential in den hoch wirksamen und nebenwirkungsarmen mRNA-Impfstoffen: Auch sie bringen Engpässe bei Grundstoffen, Geräten und Fachkräften mit sich, doch ihr Herstellungsprozess ist besonders einfach, da er ohne Zellkulturen auskommt. Weit mehr Werke kommen für eine Umrüstung infrage. Wegen der einzigartig flexiblen Anpassbarkeit an Mutationen oder neue Krankheiten wäre der Nutzen langfristig. Die WHO hat daher am 16. April zur Errichtung eines Technologietransferzentrums für mRNA-Impfstoffe aufgerufen.

Es ist zu erwarten, dass die Länder mit großen Pharma-Konzernen, also die EU, USA, UK, Schweiz, Japan und ihre Verbündeten, auch diesem Vorstoß die kalte Schulter zeigen. Seit Oktober blockieren sie ebenso die Forderung von über 100 Staaten nach einer Patentaussetzung. Speziell Deutschland sucht auf den Wissensmonopolen von BioNTech/Pfizer und CureVac eine biotechnologische Vormachtstellung zu gründen. Gerade diesem nationalistischen Programm gilt es entgegenzutreten, um durch Exklusivnutzungsrechte verursachte Knappheit zu beseitigen und eine der gesamten Menschheit dienende pharmazeutische Forschung zu ermöglichen.

Jonathan Schmidt-Dominé ist Literaturwissenschaftler in Frankfurt/M. und Teil des Zero-Covid-Teams.

Wenn die Krankheit bleibt

Bislang völlig unterschätzt: die Langzeit-Folgen von LongCovid

Verena Kreilinger

Die Corona-Politik vieler Regierungen setzt darauf, dass Covid-19 für junge Menschen kaum Konsequenzen hat. Doch Langzeitfolgen sind auch für sie ein Thema – selbst nach mildem Verlauf.

Bleierne Müdigkeit, Atemprobleme, Muskel- und Kopfschmerzen, Konzentrationsschwäche, aber auch organische Schäden an Herz, Lunge oder Gehirn zählen zum Krankheitsbild von LongCovid. Vieles ist noch unklar, doch immer mehr aussagekräftige Studien zeichnen ein erschreckendes Bild. Forschende der Uni Köln fanden heraus, dass ganze 12,8 Prozent aller Corona-Infizierten, die anfänglich nur milde oder gar keine Symptome hatten, im Zeitraum von vier Monaten LongCovid entwickelten. Von den Betroffenen haben die meisten auch sieben Monate nach der Infektion weiterhin Symptome – ob und wann sich diese zurückbilden, bleibt aufgrund des noch zu kurzen Beobachtungszeitraum offen. Die Erkrankten waren im Durchschnitt nur 43 Jahre alt.

Eine umfangreiche Studie der Uni Oxford, die fast 240.000 Patientendaten ausgewertet hat, kam zu dem Ergebnis, dass rund ein Drittel in den ersten sechs Monaten nach einer Corona-Infektion psychische, psychiatrische oder neurologische Folgeerkrankungen, von Depressionen bis zu Schlaganfällen, entwickelten.

Politisch wird diese folgenreiche Gefahr für die Gesundheit der Menschen weitgehend ignoriert. Bereits jetzt kündigen viele Regierungen, darunter die der Schweiz,



Österreichs und Italiens, an, dass sie im Mai weitgehende Lockerungen von Gastronomie, Hotellerie, Kulturbetrieb und Handel, Schulen und Großveranstaltungen durchsetzen wollen. Die fortschreitende Impfung macht's möglich, wird argumentiert. Todeszahlen und schwere, intensivmedizinische Verläufe würden zunehmend seltener werden. Dass das nicht zutreffen muss und die Gefahr von Virusmutationen steigt, ist das eine. Dass hierbei die jüngeren Generationen der Gefahr einer langwierigen Erkrankung, über die weiterhin viel zu wenig bekannt ist, ausgesetzt werden, ist fatal. Noch ist nicht klar, ob, wann und wie LongCovid

heilbar ist oder sich zurückbildet.

Bereits heute ist anzunehmen, dass allein in den drei deutschsprachigen Ländern rund 600.000 Menschen an LongCovid leiden. Die Zahl könnte auch deutlich höher sein. Frauen zwischen 20 und 40 Jahren haben ein besonders hohes Risiko, aber auch Kinder sind maßgeblich davon bedroht.

Die Betroffenen sind vielfach nicht mehr in der Lage, ihren Alltag zu bewältigen. Individuell sind diese Geschichten dramatisch, gesamtgesellschaftlich lassen sich die Auswirkungen erst erahnen. Die soziale Ungleichheit wird sich mit LongCovid weiter verstärken. Arme und Menschen, die in prekären Verhältnissen

leben, wurden – aufgrund ihrer Arbeits- oder Wohnsituation – häufiger infiziert. Sie werden auch häufiger von LongCovid betroffen sein.

Die Dimension, die LongCovid auf unsere Gesundheitssysteme haben kann, wird noch völlig unterschätzt. Bereits jetzt ist das Gesundheitswesen kaputtgespart. Das muss sich dringend ändern. LongCovid muss als ernstzunehmende Krankheit anerkannt werden. Es braucht umfangreiche soziale Unterstützungs- und medizinische Therapieangebote, die für alle frei zugänglich sind. Beispielsweise können flächendeckende LongCovid-Gesundheits- und Rehazentren ein erster Schritt sein. Großbritannien, welches bereits in der ersten Welle stark betroffen und folglich viele Langzeit-Erkrankte behandeln

muss, plant bereits den Bau von 83 Zentren. Dringend braucht es den Ausbau der psychosozialen Versorgung. Sensibilisierung statt Stigmatisierung ist entscheidend. Die Forschung muss intensiviert werden, sehen sich Medizinerinnen doch mit einem selten so komplexen Krankheitsbild konfrontiert.

Klar ist bereits jetzt: Das Phänomen LongCovid entkräftet das Argument, dass das Coronavirus für junge Leute oder Menschen ohne Vorerkrankung grundsätzlich ungefährlich sei. Nur wer eine Infektion vermeiden kann, erreicht auch von Langzeitfolgen verschont zu bleiben. Dies kann nur gelingen, wenn die Pandemie radikal eingedämmt wird. Es braucht: ZeroCovid.

Verena Kreilinger ist Medienwissenschaftlerin, aktiv in der Klimagerechtigkeitsbewegung und Mitinitiatorin von #ZeroCovid. Sie ist Co-Autorin (mit Winfried Wolf und Christian Zeller) von Corona, Krise, Kapital. Plädoyer für eine solidarische Alternative in den Zeiten der Pandemie (Papyrossa Verlag).

Infektionsgefahr bei der Arbeit?

Die Arbeitswelt ist bei COVID-19 ein Hochrisikogebiet. Was also tun? Selbst flächendeckendes Testen und Impfen könnten folgende Vorgaben nicht aufheben. Die Gefährdung ist zu beurteilen und der Gesundheitsschutz nach dem Arbeitsschutzgesetz sicherzustellen.

Dabei ist die Rangfolge von technischen, organisatorischen, persönlichen Maßnahmen (TOP-Prinzip) einzuhalten:

1. Der Sicherheitsabstand zwischen Beschäftigten muss mindestens 2 m betragen.
2. Der enge Kontakt von Personen an Beginn und Ende der Arbeitszeit ist durch geeignete organisatorische Maßnahmen zu unterbinden.
3. Entsprechend ist durch versetzte Pausen sicherzustellen, dass der Mindestabstand in Pausenräumen eingehalten wird.
4. In Räumen muss ein effektives Lüftungskonzept umgesetzt werden.
5. Auf sorgfältige und regelmäßige Handhygiene ist zu achten.
6. Ein wirksamer Reinigungsplan für Arbeitsmittel und mit der Hand berührbare Flächen ist umzusetzen.
7. Geeignete persönliche Schutzausrüstung muss zur Verfügung gestellt werden.
8. Es ist zu prüfen, ob zusätzliche Maßnahmen für besonders Schutzbedürftige (z. B. Menschen mit Vorerkrankungen) erforderlich sind.
9. Verständliche Unterweisungen der Beschäftigten zum Infektionsschutz sind durchzuführen.
10. Koordination und Umsetzung der Maßnahmen sowie ihre Wirkungskontrolle sind sicherzustellen.

Zu alledem sind Firmen laut ArbSchG und entsprechenden Arbeitsschutz-Regeln zwingend verpflichtet. Aber auch Betriebsräte und Beschäftigte sind gefordert. Wolfgang Alles

Es geht nicht um das Kindeswohl

Oder: Auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler

Christoph Wälz

Nach der ersten Schulschließung im Frühjahr 2020 gab es einen Konsens: Weder den Schüler:innen noch Eltern und Pädagog:innen wollte man noch mal Distanzunterricht zumuten. Eher sollten andere Wege gefunden werden, das Virus zu bekämpfen.

Der effektive andere Weg – ein Shutdown der Wirtschaft – wurde jedoch nie gewählt. Auch hätte richtig in die Schulen investiert werden müssen. Stattdessen setzten die Kultusminister:innen auf ihre übliche Methode: Die Probleme sollen irgendwie an den Schulen gelöst werden, aber ohne die dafür nötigen finanziellen und personellen Mittel.

Christian Drost kritisierte im Januar 2021 die monatelange Untätigkeit der Bildungsbehörden: „Ich dachte ja, man diskutiert das

und findet dann praktische Lösungen. (...) Aber dann wurde die Infektiosität von Kindern so lange negiert und nichts gemacht, keine Entscheidung getroffen (...) über den Sommer. Das war für mich schon sehr, sehr erstaunlich“. (Spiegel, 21.01.2021)

Im Herbst hielten die Behörden die Schulen so lange wie möglich offen. Wenn das Kindeswohl der Hauptgrund dafür gewesen wäre, hätte man die Hinweise auf Infektionen im Klassenraum ernst genommen. Stattdessen waren Wirtschaftsinteressen ausschlaggebend. Eltern sollen lieber in Büro oder Werkshalle erscheinen, als mit ihren Kindern Mathe zu pauken.

Am 16. Dezember wurden die Schulen dann doch wieder geschlossen. Ausgerechnet in die dritte Welle hinein beschlossen die Ministerpräsident:innen im März die erneute Öffnung für

alle Jahrgänge. Die Latte für generellen Distanzunterricht wurde mit dem Inzidenzwert 200 viel zu hoch gehängt. Begründet wurde die Öffnung auch mit dem Kindeswohl. Kinderärzt:innen beobachten einen „starken Anstieg an Angst- und Schlafstörungen, Depressionen und Suizidgedanken unter Kindern und Jugendlichen“. (Berliner Zeitung vom 13. 4.2021) Eine Umfrage, die Berliner Jugendliche im März 2021 unter 7.433 Gleichaltrigen durchführten, zeigt eine ausgeprägte Perspektivlosigkeit, ein Gefühl des Kontrollverlusts im Leben, Erfahrungen häuslicher Gewalt und sehr lange Bildschirmzeiten.

Dieses Leid wird auch von Pädagog:innen beobachtet. Von Wirtschaftsverbänden wird es zynisch instrumentalisiert, um die Betreuungsfunktion von Schulen zu nutzen. Sie verschweigen dabei, dass auch Ängste um die

Gesundheit von Angehörigen zu psychischen Problemen von Kindern beitragen.

Um die Schulöffnung abzusichern, kommen zu den bisherigen Maßnahmen (Maskenpflicht, Handhygiene und Lüften, teilweise Wechselunterricht, vereinzelt Luftfilter) nun weitere hinzu. So wird das Personal an Grund- und Förderschulen bei Impfungen vorgezogen. Schüler:innen sollen sich in den Schulen selber testen. Ein sicherer Präsenzbetrieb in der dritten Welle ist auch damit nicht möglich, zumal B.1.1.7 eine höhere Übertragbarkeit in Innenräumen aufweist.

Aus pädagogischer Perspektive ist es nicht vertretbar, die Schulen länger als wenige Wochen geschlossen zu halten. Ein unsicherer Präsenzbetrieb ist jedoch auch fahrlässig. Erkenntnisse über Long-Covid und das PIMS-Syndrom alarmieren. So twitterte

Karl Lauterbach am 12.04.: „Über die neuen Gefahren bei B.1.1.7 für Kinder und Eltern wird nicht viel geredet, weil sonst Schule nicht sicher schiene. Wir dürfen das aber nicht verschweigen. Es geht auch um die Sicherheit der Kinder selbst.“

Einen Widerspruch zwischen Gesundheitsschutz und Bildungsgerechtigkeit gibt es nur deshalb, weil der Staat seinen Pflichten für beide Seiten nicht nachkommt. So schafft er eine extrem angespannte Situation in Schulen und Familien. Für einen sicheren Schulbesuch der Kinder (die noch lange nicht geimpft sein werden!) brauchen wir sehr niedrige Fallzahlen. #ZeroCovid hat eine Öffnung der Schulen erst unterhalb der Inzidenz von 10 vorgeschlagen. Wenn das Schuljahr 2021/22 unter berechenbaren Rahmenbedingungen starten soll, dann muss jetzt die Notbremse in den Wirtschaftsbetrieben gezogen werden.

Christoph Wälz lebt in Berlin und ist aktiv in der Bildungsgewerkschaft GEW

Solidarische Strategie ist erforderlich

Die Regierungen verlängern die Pandemie. Stoppen wir beide!

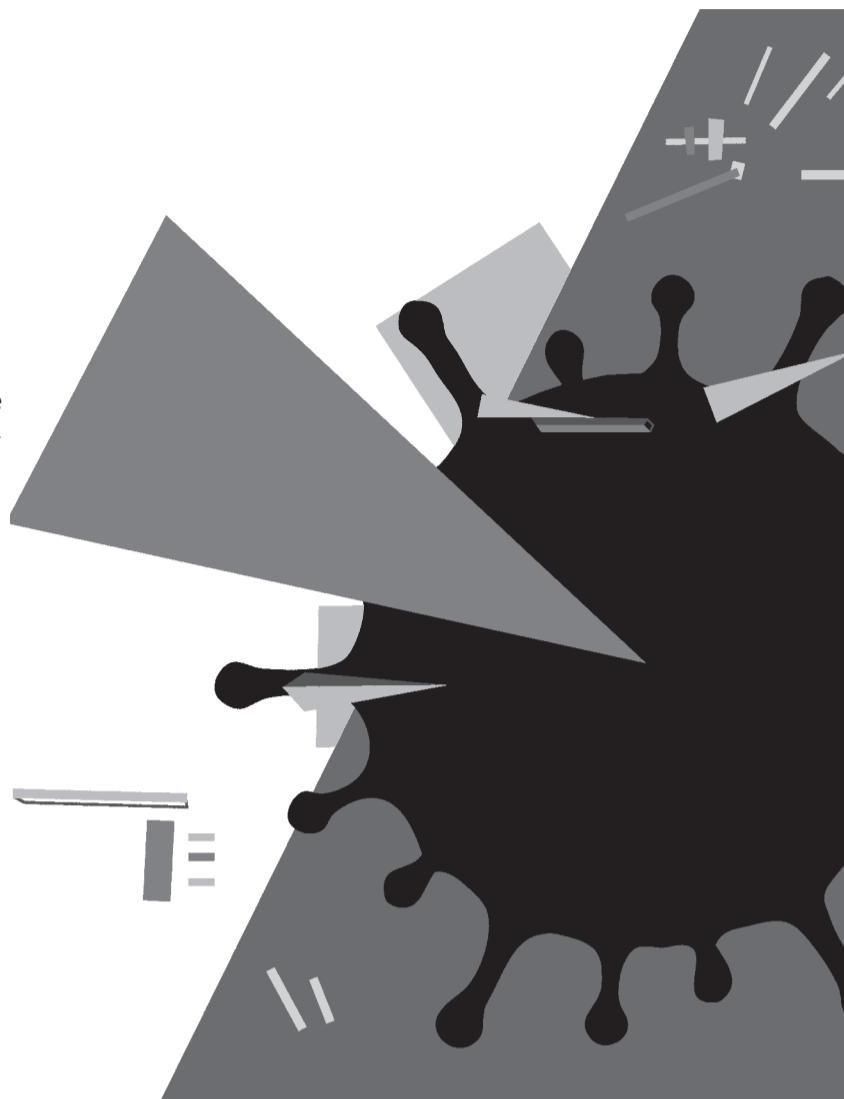
Christian Zeller

Die Regierungen in Europa und Nordamerika hatten die Möglichkeit, die Pandemie zu beenden. Sie haben sich anders entschieden: die Profite der Unternehmen gehen vor, das Leben und die Gesundheit der Menschen sind weniger wichtig.

So wie sich die Regierungen in Europa derzeit verhalten, wird die Pandemie noch viele Monate dauern. Sie wird in Europa weitere Zehntausende und weltweit weitere Millionen von Menschen in den Tod reißen. Die Regierungen haben zu Beginn der Pandemie beschlossen, die Ansteckungen nicht entschlossen zu bekämpfen, sondern nur auf einem bestimmten Niveau halten zu wollen. Doch nun füllen sich die Krankenhäuser erneut. Die Beschäftigten leiden unter massiver Erschöpfung. Genau das haben die Regierungen eingeplant. Ihre Strategie ist erst dann gescheitert, wenn sich die Menschen entschlossen zu wehren beginnen.

Nun liegen die Hoffnungen auf den Impfstoffen. Doch die Impfkampagnen werden die Pandemie alleine nicht beenden. Davor warnen die Fachleute von Anfang an. Das bestätigt sich nun tragisch.

Erstens mutiert das Virus. Je mehr Menschen sich anstecken, desto mehr Mutationen gibt es. Desto eher treten auch Virusvarianten auf, gegen die Impfstoffe höchstens beschränkt wirksam sind. Andere Virusvarianten stecken bereits infizierte Menschen abermals an. Das ist der Fall bei



den Mutationen, die zunächst in Südafrika, Brasilien und jetzt in Indien gefunden wurden, sich aber längst global verbreitet haben.

Zweitens verlaufen die Impfkampagnen zu langsam, um die dritte Pandemiewelle zu stoppen. Angesichts der ansteckenderen Virusvarianten müssten rund 90 Prozent der Menschen durch Impfung oder Erkrankung immun werden, um die Pandemie wirk-

lich zu beenden.

Drittens gibt es weltweit schlicht zu wenig Impfstoffe. Die Gründe: Einerseits wollen die Pharmakonzerne ihre Patente nicht freigeben. Sie verhindern damit, dass andere Unternehmen günstig Impfstoffe herstellen. Andererseits ist die Impfstoffproduktion anspruchsvoll und die Wertschöpfungskette zergliedert. Das heißt, der Aufbau einer weltweiten Produktions- und

Vertriebsinfrastruktur braucht Zeit. Hierzu ist auch ein solidarischer Technologietransfer zu den armen Ländern erforderlich. Das kapitalistische Profitstreben verhindert eine weltweit solidarische Pandemiebekämpfung. Die Pandemie schreitet weltweit voran. Ihre Bekämpfung erfordert umfassende Solidarität.

Mit zunehmendem Impfschutz der alten Bevölkerung bei gleichzeitiger Virensausbreitung erhöht sich das Ansteckungsrisiko für die jüngere Bevölkerung. Das Durchschnittsalter auf den Intensivstationen sinkt. In Wien war Mitte April die Mehrheit der Covid-19-PatientInnen auf Intensivstationen jünger als 59 Jahre alt. Immer mehr junge Menschen werden an Long-COVID leiden. Je länger die Pandemie andauert, desto stärker leiden die Armen, sozial Benachteiligten und alle, die gezwungen werden, sich bei der Arbeit oder auf dem Arbeitsweg anzustecken. Die Pandemie ist auch Klassenkampf!

Mitten in der dritten Welle stellen die Regierungen und die

Interessensvertreter der Wirtschaft abermals die Profitinteressen vor alles andere: Die Produktion muss weiterlaufen, kostes, was es wolle. Rüstungsgüter, Schlachtfabriken, Autos, irrwitzige Finanzprodukte: Alles läuft weiter. Die Menschen stecken sich in Lagerhallen und Großraumbüros an.

Die Gewerkschaften könnten viel tun, um die Beschäftigten zu schützen. Sie wären in der Lage, wertvolle Informationen über das Infektionsgeschehen in den Betrieben zu sammeln. Sie könnten wirksame Maßnahmen durchsetzen oder sogar Streiks zum Schutze der Beschäftigten und ihrer Angehörigen organisieren. Doch sie bleiben weitgehend untätig. Das ist eine große Enttäuschung.

Da die Regierungen die Menschen weiterhin gefährden, ist es nötig, eine starke Bewegung von unten aufzubauen, damit sich die Menschen kollektiv selber schützen und eine solidarische Bekämpfung der Pandemie durchsetzen können.

Christian Zeller lehrt Wirtschaftsgeographie und Global Studies an der Universität Salzburg und engagiert sich für eine transnationale ökosozialistische Bewegung.

ZeroCovid-Aktionstag Wien

Unter dem Motto „Solidarischer Shutdown statt Ausgangssperre“ gingen 350 Aktivist*innen am 9. April, am Vortag des ZeroCovid-Aktionstags in Wien, auf die Straße. Die aktuelle prekäre Situation auf den Intensivstationen der Krankenhäuser und die katastrophale Regierungspolitik in dieser Frage waren ein

Anlass für den Protest. Ebenso die weiteren Beschränkungen für den Aufenthalt auf öffentlichen Plätzen unter Androhung von Sanktionen, während Regelungen für mehr Schutz am Arbeitsplatz weiter abgelehnt werden. Die Reden spiegelten die vielfältigen Widersprüche der Pandemiepolitik der Regierung wider. Sowohl die Situation im Gesundheitssystem und die Frage nach Umverteilung als auch Reden aus feministischer und migrantischer Perspektive waren Teil der Kundgebungen vor der ÖVP-Zentrale und dem Bundeskanzleramt. Die Frage der Umsetzung eines solidarischen Shutdowns wurde von einer Rednerin so beantwortet: „Wir organisieren den Shutdown – der ÖGB gibt das Geld aus der Streikkasse!“ Vereinzelt schaffte es die Demonstration auch in die mediale Berichterstattung wie Falter und Standard. Auch wenn die Beteiligung noch nicht sehr hoch war, gelang es, einen ersten Anlaufpunkt zu schaffen für all jene, die der vorherrschenden Resignation gegenüber Regierung und den Corona-Leugnern eine solidarische Antwort entgegenstellen wollen.

David Sagner – Aktivist und Bezirksrat bei LINKS, Koch im Dauerlockdown

Gemeinsam bewegen

Gemeinsamkeiten von ZeroCovid-, der Klima- und der Arbeiter*innenbewegung

Bea Sasserma

Die Klimabewegung stützt sich auf wissenschaftsbasierte Analysen des Zustands unseres Planeten. Fridays for Future fordert, auf die Wissenschaft zu hören. Die Scientists for Future unterstützen die Klimabewegung und verleihen ihr Glaubwürdigkeit und Kompetenz. Auch ein Teil der Arbeiter*innenbewegung im weitesten Sinne beruft sich auf eine wissenschaftliche Herangehensweise bei der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse. Er vertritt die Meinung, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem von Gesetzmäßigkeiten getrieben ist, die Mensch und Natur zu auszubeutenden Objekten macht. Dadurch unterscheidet er sich von utopischen und rein moralischen Betrachtungen.

Auch die ZeroCovid-Kampagne

greift Erkenntnisse aus Virologie, Epidemiologie, Intensivmedizin und solche der Klinik-Beschäftigten auf, um die Gesundheitspolitik sowohl der Vergangenheit als auch aktuell in der Corona-Krise zu bewerten. Damit wurde ZC zur überfälligen Alternative zu Querdenkern und rechten Bauernfängern.

In der Klimabewegung richten sich die meisten Forderungen an Regierung und Unternehmen: Einhaltung der Klimaabkommen, Ende der Kohle, Mobilitätswende, Abschalten der Atomkraftwerke – der Adressat ist die Regierung, die das in Gesetze bzw. Verbote gießen soll. Er kämpft werden diese Zugeständnisse häufig durch Druck von unten: Bagger- und Waldbesetzungen, Demonstrationen und einer gewissen Selbstermächtigung, die z.B. auf Klimacamps ein- und ausgeübt werden. Einer ihrer Slogans „System

Change statt Climate Change“ will sagen, dass es um Grundsätzliches geht.

So ist es auch in der antikapitalistischen Arbeiter*innenbewegung. Es gibt Forderungen auf allen Ebenen, die auf kurz- mittel- und langfristige Veränderungen zielen, von der Arbeitssicherheit, der Lohnerhöhung über Arbeitszeitverkürzung, „Weg mit Hartz IV“ bis hin zur Infragestellung der Eigentumsverhältnisse. Es wird mit den Mitteln der Verhandlung, des Streiks und Demonstrationen agiert. Adressaten sind Betriebsräte, Gewerkschaften und auch der Staat.

ZeroCovid agiert ähnlich. Es gibt unmittelbare Forderungen an die Politik, Gewerkschaften und Betriebsräte, um an der Misere in Krankenhäusern, Pflegeheimen und in den Betrieben und Büros unmittelbar an der

miserablen Lage etwas zu verbessern. Aber allen ist klar, dass es weiterreichender Maßnahmen bedarf, um das Wohlergehen der breiten Mehrheit der Bevölkerung dauerhaft zu garantieren. ZC wendet sich gegen die Privatisierung des Gesundheitssystems, die weiteren Schließungen von Krankenhäusern, die in jeder Hinsicht ungesunden Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte. Darüber hinaus wird die solidarische Verteilung der Impfstoffe, das Teilen des Wissens für die Produktion von Impfstoffen und Medikamenten gefordert. Verlangt wird auch die Absicherung von Einkommen, damit Menschen sich nicht in riskanter Umgebung am Arbeitsplatz und in Verkehrsmitteln bewegen müssen. ZC sieht sich auch als Gegengewicht zur Instrumentalisierung der Krise durch die Rechten. Angesichts der internationalen Dimension der Pandemie werben wir für eine internationale Bewegung.

Obwohl die Gemeinsamkeiten offensichtlich sind, und auch von der Klimabewegung wahrgenommen werden, wird ZC aus der Linken heraus z.T. heftig kritisiert.

Die Kampagne würde dasselbe wie die Regierung vertreten und autoritäre Maßnahmen gutheißen. Dies verbunden mit einer Wissenschaftsfeindlichkeit bis hin zur Relativierung der Pandemie. Nicht zur Kenntnis genommen wird unsere Alternative zu den offiziellen Maßnahmen, die die Unternehmen außen vor lassen. Dass aus all dem resultiert, solidarisch und durch Verzicht einen Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten, kommt einigen nicht in den Sinn. Dies ist jedoch auch bei vielen Forderungen der Klimabewegung notwendig.

Bitter ist, dass dies nicht nur ein Meinungsstreit ist. Die Verzögerung von wirkungsvollen Maßnahmen kostet Menschenleben und produziert massenhaft Leid. Die Linke hat angesichts dieser Herausforderung bisher ziemlich versagt. Nutzen wir die Chance in der Krise, das Gemeinsame zu suchen und produktiv werden zu lassen. Dann können wir etwas bewegen.

Beatrix Sasserma, ver.di-Mitglied, Gewerkschafterin für Klimaschutz und bei ZC

Applaus ist nicht mehr

Eine Krankenschwester

Zu Beginn der Pandemie war die Verunsicherung groß; niemand konnte sich gut mit der Erkrankung aus. Wir hatten große Angst, uns anzustecken. Wir hatten nicht ausreichend Schutzmaterial auf den Covid-Stationen. Über Wochen waren FFP-Masken und Schutzkittel rationiert. Es gab keine Tests für uns. Das allein war schon eine riesige Belastung.

Das Arbeiten in unseren Covid-Bereichen bringt meine Kolleg*innen und mich oft über unser Limit. Viele sind so erschöpft, dass sie weinend zusammenbrechen. Stundenlang in der vollen Schutzausrüstung – das macht dich fertig. Du bist durchgeschwitzt, dein Kopf brummt, die Zunge klebt dir am Gaumen, aber du kannst das Zimmer nicht einfach verlas-



Zeichnung: Steve Brodner

sen, wenn es den Patient*innen schlecht geht. Ablösen kann dich oft niemand, denn es gibt einfach zu wenig Personal. Du musst alles im Blick behalten: alle

Infusionen, alle Geräte – es darf kein Fehler passieren. Statt für ein oder zwei schwerstkranke Intensivpatient*innen, sind wir in den meisten Schichten für drei oder vier verantwortlich, manchmal sogar mehr.

Viele Tätigkeiten, die du vorher mit zwei Kolleg*innen gemacht hast, machst du jetzt alleine, weil einfach niemand zu Hilfe kommen kann.

Es ist sehr belastend, wenn wir sehen, dass ein Patient es ohne Beatmung nicht schaffen wird, obwohl er so kämpft. Dann weiß der Patient – aber auch wir – dass er vielleicht nie wieder aufwachen wird.

Es sterben viele Patient*innen. Sie werden in schwarzen Leichensäcken von der Station gefahren. Zeit, sich damit

auseinanderzusetzen, bleibt nicht. Das Zimmer muss schnell wieder aufbereitet werden, damit ein nächster Patient kommen kann.

Nach den ersten Wellen haben wir immer gedacht, dass bessere Vorbereitungen getroffen werden, was das Schutzmaterial angeht, Schulungen für Kolleg*innen, die helfen wollen, Testkonzepte usw. Wenig bis gar nichts ist passiert. Stattdessen sind verschiebbare Operationen wieder hochgefahren und gesperrte Betten wieder geöffnet worden. Mittlerweile sind viele von uns nur noch müde.

Alle von uns waren bereit, in dieser besonderen Zeit, alles zu geben. Aber wir hatten auch erwartet, dass wir Unterstützung bekommen, nicht dass wir allein

gelassen werden.

Wieviel Angst müssen die Krankenhauschefs davor haben, dass wir das alles öffentlich machen, wenn sie während der Pandemie zwei Pflegekräfte bei Asklepios in Hamburg und im Uniklinikum Münster kündigen, weil sie über die Arbeitsbedingungen mit der Presse geredet haben!

Es gibt unter uns viele, die den Beruf hinschmeißen wollen, aber auch viele, die sehr wütend sind und sagen: Wir werden bleiben, aber wir werden jetzt erst recht kämpfen, damit sich endlich etwas verbessert!

Die Krankenschwester arbeitet auf einer Covid-Intensivstation. Der Name ist der ZC-Redaktion bekannt.

„Solidarität in Zeiten der Pandemie“

unter diesem Motto fand am 10. April die Mannheimer Zero Covid-Aktion statt.

Rund 80 Menschen beteiligten sich direkt an der Kundgebung im Stadtzentrum – mit Abstand und Maske. Viele Personen blieben stehen. Sie hörten interessiert zu, sahen sich die Banner an und nahmen die ausgelegte Zero Covid-Zeitung mit. In zehn Kurzreden kritisierten Aktive von #ZeroCovid Rhein-Neckar die fatalen Folgen der autoritären, chaotischen und konzernhörigen Corona-Politik.

Alle davon Betroffenen leiden – ob COVID-19-Kranke, Beschäftigte in der Altenpflege, im Krankenhaus oder in der Industrie, ob Frauen, Eingewanderte oder Geflüchtete. Die soziale Ungleichheit wächst. Die Angst vor Erwerbslosigkeit nimmt zu. Die Wohnungsnot verschärft sich. Die Rüstungsausgaben steigen. Rassismus und Corona-Leugnung haben Konjunktur. Betriebsräte werden gemobbt. Der vorbeugende Gesundheits- und Infektionsschutz in der Arbeitswelt wird jedoch flächendeckend missachtet. Und nicht zuletzt: Profitgier, Umweltzerstörung und Klimakatastrophe fördern weitere gefährliche Zoonosen.

Alle diese Themen sind bei der sehr gelungenen Aktion angesprochen worden. Wir fanden dabei ein breites Medienecho (vgl. <https://www.facebook.com/ZeroCov-Rhein-Neckar-100518008826461>).

Am 10. April ist unsere Botschaft deutlich vernehmbar geworden: Wir brauchen eine solidarische Zero-Covid-Strategie im Interesse der großen Mehrheit. Niemand darf zurückgelassen werden!

Wolfgang Alles

Ein „bisschen Pandemie“ gibt es nicht

Naturwissenschaftliche Erkenntnisse rechtfertigen eine Zero-Covid-Strategie

David Schrittester

Jeder hält sich für einen Experten – so klagt jetzt oft, wer das Gerede von Corona-Leugnenden nicht mehr aushält. Dabei zeigt ein Blick, dass die Fronten nicht zwischen den klugen Experten hier und den unvernünftigen Massen dort verlaufen. Leider gibt es – wie beim Klimawandel – auch bei der Covid-Pandemie eine Minderheit von Experten, die haarsträubenden Blödsinn verbreiten. Im Falle der Klimaforschung stehen sie oft auf den Gehaltslisten von Ölkonzernen. „Es gibt nicht die eine wissenschaftliche Meinung“, sagt der Virologe Hendrik Streeck, der immerhin finanziell von der Bildzeitung unterstützt wurde. Mit dieser Aussage liegt er zumindest nicht ganz falsch – Wirtschaftslobbyisten, Medien und Politik, sie finden immer irgendwo eine Studie oder einen der wenigen Wissenschaftler wie Streeck, den sie zur Rechtfertigung ihres Handelns zitieren können.

Auch eine weniger kleine Anzahl von Wissenschaftlern und Institutionen beteiligt sich daran, die Illusion von einer rein technologischen Lösung der Pandemie aufrecht zu erhalten.

Wenn man sich aber umfassend

und kritisch mit wissenschaftlichen Ergebnissen befasst, kann man durchaus folgern, wie eine Strategie aussehen muss, die sich nicht vor allem das Weiterlaufen der Wirtschaft zum Ziel setzt.

Eine Strategie, die den Bedürfnissen der Mehrheit, und ganz besonders denen der Schwächeren in unserer Gesellschaft gerecht wird, muss jede weitere Ansteckung zu verhindern suchen. Dass das überhaupt möglich ist, hat weniger die wissenschaftliche Forschung als die Praxis in einigen Ländern gezeigt. Dass man Pandemien aufhalten kann, ist dabei nichts grundsätzlich Neues – aber bei einem schon so weit verbreiteten Virus ist es – zumindest meines Wissens nach – zuvor noch nie so schnell in so vielen Ländern und Regionen gelungen.

Jedes andere Handeln führt dazu, dass jeder Mensch entweder durch Impfung oder durch Infektion Abwehrkräfte gegen Covid bilden oder sterben wird. Bei Immunisierung durch Infektion ist aber nicht sicher, wie lange sie überhaupt anhält; und jegliche Immunisierung könnte bald durch Mutation wieder hinfällig werden. Impfprogramme laufen schleppend. Zudem bleibt der Weg über die Impfung vielen bis auf Weiteres versperrt, etwa



weil sie das Pech haben, im globalen Süden zu leben. Die Pandemie wird die globale Ungerechtigkeit noch einmal drastisch verschärfen (und in Zukunft als Rechtfertigung dienen, Mobilität aus dem globalen Süden in den Norden zu verunmöglichen).

Wer also Glück hat, den schützt eine Impfung. Für den Rest bedeutet es eine Strategie der Durchseuchung. Die beruhigend klingende Voraussage, dass Covid früher oder später wie eine Grippe zirkulieren wird, blendet bequem aus, wie ungeheuer viel Leid das bedeutet, und was auf

dem Weg dorthin noch zu ertragen sein wird.

Nur eine naturwissenschaftliche Betrachtung kann uns eine Idee davon geben, was uns hier erwarten kann.

Gleichzeitig hilft uns naturwissenschaftliches Denken zu begreifen, dass es keine Abwägung im folgenden Sinn gibt: „ein bisschen“ Pandemie zu tolerieren und im Gegenzug die sogenannte „bürgerliche Freiheit“ zu erhalten. Die Naturgesetze der Virusausbreitung lassen so ein Gleichgewicht nur zu, wenn es über sehr lange Zeiträume immer wieder zu strengen Einschränkungen

gen kommt – die bekannten Jojo-Lockdowns. Ohne diese würden unzählige gleichzeitige Erkrankungen schnell nicht nur das Gesundheitssystem, sondern jede öffentliche Ordnung zusammenbrechen lassen. Die vermeintliche Notwendigkeit „nur ein bisschen Pandemie“ zuzulassen (so unmöglich wie „nur ein bisschen tot“ zu sein) wird in Wahrheit nicht gepredigt, um unsere Freiheit zu erhalten, sondern damit wir ohne Unterbrechung weiter arbeiten. Erkauft wird das mit vielen vermeidbaren Toten, langfristigen gesundheitlichen Schäden und endlosen Einschränkungen im Privatleben.

Leider genügt es nicht, den „Experten“ zu vertrauen, um zu diesen Erkenntnissen zu gelangen. Die wissenschaftlichen Institutionen haben in dieser Pandemie wenig dazu beigetragen, die Zusammenhänge deutlich zu machen. Sie haben zum Beispiel völlig dabei versagt, die einfache empirische Frage zu klären, wie viele Ansteckungen sich am Arbeitsplatz oder auf dem Weg dorthin vollziehen.

David Schrittester ist Mathematiker aus Wien. Er arbeitet an der Universität Toronto, Kanada

Impfstoffe sind keine Allheilmittel

Das Beispiel Großbritannien

Roy Wilkes

Auch eine stehen gebliebene Uhr zeigt zweimal am Tag die richtige Zeit an. Das Glücksspiel von Boris Johnson, 400 Millionen Dosen verschiedener Impfstoffe vorzubestellen, scheint sich ausgezahlt zu haben.

Dank einer außergewöhnlichen Anstrengung der lokalen Gesundheitsbehörden (im krassen Gegensatz zum Fiasko der privatisierten Test- und Rückverfolgungsfirmen im letzten Sommer) sind nun über 30 Millionen Erwachsene in Großbritannien geimpft worden. Mehr als acht Millionen haben bereits zwei Dosen erhalten. Der partielle Lockdown, der Anfang Januar in Kraft trat, war ebenfalls sehr wirksam: Die Zahl der Personen, die positiv auf Covid getestet wurden, sank auf unter 2.500 pro Tag, und die Zahl der täglichen Todesfälle liegt bei unter 40.

Aber der Schein kann trügen. Alles auf die Impfung zu setzen, ist immer noch ein unverantwortliches Spiel mit unser aller Leben. *ZeroCovid UK* hat immer gesagt, dass es eine offene Einladung zur Mutation des Virus ist, wenn man sich ganz auf Impfstoffe verlässt und das Virus frei zirkulieren lässt. Wir wissen jetzt, dass die aus Südafrika stammende Variante 501Y.V2 [bzw. B.1.351] gegen die Impfstoffe von Astra Zeneca und Pfizer teilweise resistent ist. Weil

im Süden Londons diese Variante entdeckt wurde, musste die gesamte Bevölkerung der betroffenen Stadtbezirke, insgesamt 650 000 Menschen, zu Tests antreten, um zu versuchen, die Übertragung dieser besorgniserregenden Variante zu stoppen.

Keiner von uns ist sicher, bis wir alle sicher sind. Das Virus ist immer noch in vielen Ländern verbreitet, insbesondere in Brasilien und Indien, aber zunehmend auch in Europa. Es wird neue Varianten geben, und einige von ihnen werden noch resistenter gegen Impfstoffe sein,

als es 501Y.V2 ist. Kampagnen für Impfstoffgerechtigkeit sind daher wichtiger denn je. Jonas Salk, der den Polio-Impfstoff entdeckte, weigerte sich, diesen zu patentieren, mit dem Argument, dass dies so wäre, als wolle man „die Sonne patentieren“. Astra Zeneca zum Beispiel verlangt von afrikanischen Ländern mehr als das Doppelte des Preises, der in Europa gezahlt wird.

Aber die wichtigste Lektion von 501Y.V2 ist, dass die Impfung kein Wundermittel ist, das uns aus der Covid-Krise herausführt. Impfstoffe müssen Teil einer Eli-

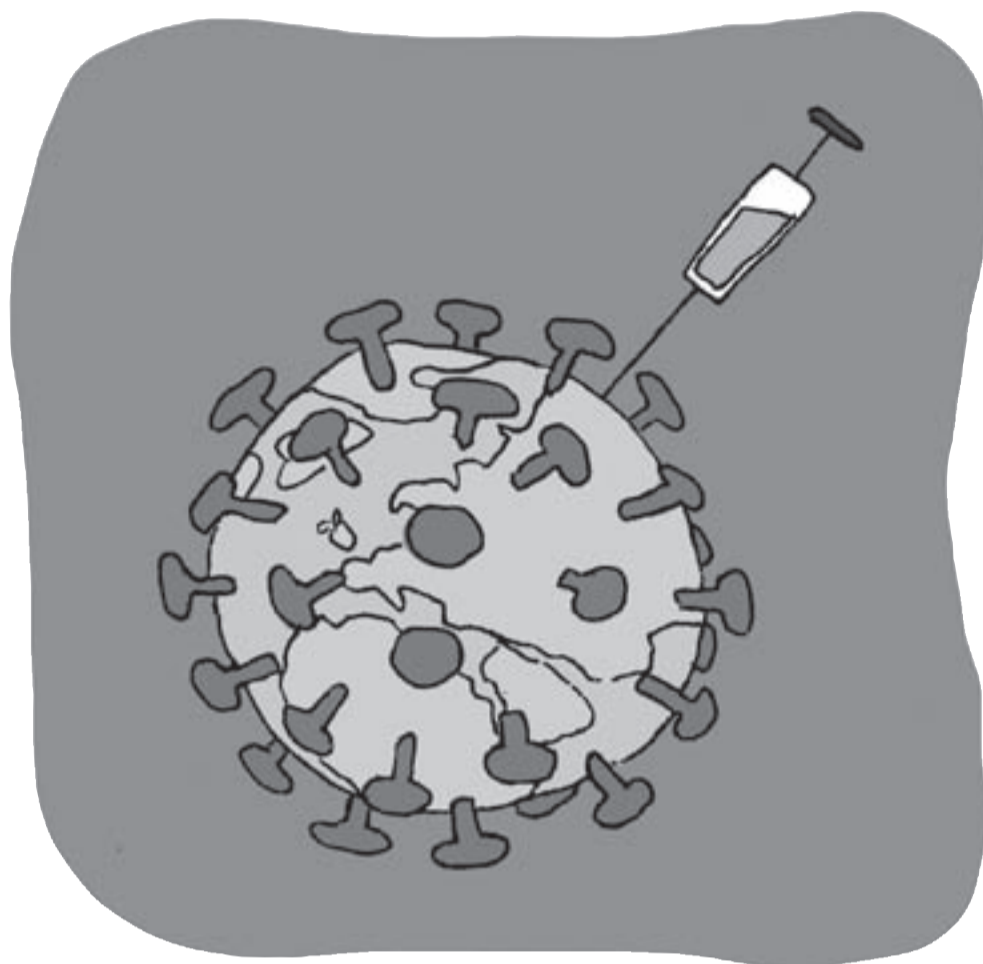
minierungsstrategie sein. Sie können eine solche Strategie nicht ersetzen. Wir werden immer noch Schulen und nicht-notwendige Arbeitsplätze schließen müssen, um die Übertragung in der Bevölkerung einzudämmen. Und vor allem brauchen wir ein lokal gesteuertes und effektives System des öffentlichen Sektors zum Aufspüren, Testen, Verfolgen, Isolieren und Unterstützen (Find, Test, Trace, Isolate and Support – FTTIS), um das absurd ineffiziente und ineffektive, aber hochprofitable Unternehmen Serco – u.a. Betreiber von Covid-19-Testzentren – zu ersetzen.

Die Unterstützungskomponente von FTTIS ist entscheidend. Covid hat die Ärmsten unserer Gesellschaft am här-

testen getroffen, schwarze und asiatische Gemeinschaften am härtesten. Das Virus hat sich am stärksten unter schlecht bezahlten Arbeitskräften mit unsicheren Jobs verbreitet, die es sich nicht leisten können, sich selbst zu isolieren. Wer positiv getestet wird, muss volle finanzielle und soziale Unterstützung erhalten, sonst macht es buchstäblich keinen Sinn, Menschen aufzusuchen und zu testen. FTTIS ist jetzt eine der wichtigsten Kampagnenprioritäten für Zero Covid.

Trotz einer Zahl von 130.000 Toten und einer Pro-Kopf-Todesrate, die sogar höher ist als die der USA oder Brasiliens, sonnt sich die Johnson-Regierung derzeit in der Popularität eines „Impfstoff-Booms“. Dieser Aufschwung könnte jedoch sehr kurzlebig sein, insbesondere, wenn eine impfstoffresistente Variante eine katastrophale dritte Welle einleitet. Eine Null-Covid-Strategie wird gebraucht, jetzt mehr denn je.

Roy Wilkes ist Sekretär bei Zero Covid UK



Schweizer Wirtschaftsverbände: offen sozialdarwinistisch!

Seit Mitte März 2021 baut sich auch in der Schweiz die dritte Welle auf. Ungeachtet dieser brisanten Lage verschärfen die Wirtschaftsliberalen ihren Ton. Sie widersetzen sich den geringsten Einschränkungen. Die Kapitalverwertung muss weitergehen und deshalb sprechen sie jetzt sozialdarwinistischen Klartext. Zunächst erklärt Arbeitgeberverbandspräsident Valentin Vogt am 9. April: Wenn die Risikopatient:innen geimpft seien, könne die Schweiz bis zu 30.000 (!) Neuansteckungen pro Tag verkraften. Diese Einschätzung basiert auf einem Papier, das schon im Februar zusammen mit dem neoliberalen Unternehmerverband *economiesuisse* verfasst wurde. Am 12. April legt der nationalkonservative Schweizerische Gewerbeverband (SGV) nach und fordert eine sofortige Beendigung des Lockdowns. Generell sei die Pandemiepolitik zu einseitig auf gesundheitspolitische Überlegungen ausgerichtet, kritisiert SGV-Direktor Hans-Ulrich Bigler. Zudem sei der Einfluss der wissenschaftlichen Covid-19-Taskforce – eine der wenigen besonnenen Stimmen im Land – nach wie vor zu groß. Das Ergebnis dieser menschenverachtenden Politik: In der Schweiz sterben seit Beginn der Pandemie im europäischen Vergleich überdurchschnittlich viele Menschen an Covid-19.

Eva L. Blum und Philipp Gebhardt (Bewegung für den Sozialismus Zürich)

Pandemie-Desaster Brasilien

Bolsonaros Politik fordert bis Ende April 400.000 Corona-Tote

Bea Sassermann

Nachdem Brasilien im März 2021 mit 66.000 Covid-19-bedingten Todesfällen den tödlichsten Monat der Pandemie erlebte, könnten allein im April 100.000 Todesfälle zu verzeichnen sein, so eine Analyse des Institute for Health Metrics and Evaluation an der University of Washington, USA. Die Prognose sagt auch, dass sich die Gesamtzahl der Todesfälle bis zum 1. Juli auf 600.000 belaufen könnte. Die Abwesenheit jeglicher Kontrolle der Pandemie führt dazu, dass Brasilien derzeit ein Drittel aller täglich durch Covid-19 verursachten Todesfälle weltweit verzeichnet, obwohl es nur 2,7 % der Weltbevölkerung hat.

Die Krankenhäuser kollabieren. Tausende von Menschen stehen Schlange und warten auf ein Intensivbett. Der Vorrat an Hilfsmitteln für die Behandlung (Sauerstoff, Medikamente usw.)

geht zur Neige. Auch das Bestattungswesen zeigt Anzeichen eines Zusammenbruchs. São Paulo zum Beispiel verzeichnet bereits mehr als 400 Bestattungen pro Tag und einen Mangel an Särgen.

Diese Katastrophe ist Ergebnis von Bolsonaros todeswütige Regierung. Eine kriminelle Regierung, die sich restriktiven Maßnahmen widersetzt; die sich weigert, Impfstoffe für die Bevölkerung zu garantieren und die nur eine magere Nothilfe zahlt, wodurch die Menschen gezwungen sind, sich zwischen Hunger und Ansteckung zu entscheiden.

Bevölkerung unterstützt restriktive Maßnahmen

Während täglich 3.000 Menschen an Covid-19 sterben, wächst laut einer Umfrage die Unterstützung der Bevölkerung für Maßnahmen zur sozialen Distanz. Danach unterstützen 71% die Maßnahmen zur Reduzierung der Öffnungs-

zeiten von Handel und Dienstleistungen generell. 59% sind der Meinung, dass es in dieser Zeit wichtiger ist, die Menschen zu Hause zu lassen. Diese Einstellung basiert auf den eigenen Erfahrungen der Bevölkerung. In Brasilien hat fast jede Familie ein Corona-Todesopfer zu beklagen.

Studien belegen, dass die Wahrscheinlichkeit an der Krankheit zu sterben für eine „farbige“ Person um 42 Prozent höher als für eine weiße Person. Für eine „schwarze“ Person ist das Risiko um 77 Prozent höher.

Der Mangel an Impfstoffen und das völlige Fehlen einer finanziellen Absicherung schaffen perfekte Bedingungen für die Entstehung neuer Mutanten und die Zunahme der Wirkungslosigkeit der verfügbaren Impfstoffe.

So ist der Kapitalismus. Die Regeln des Marktes werden von riesigen Monopolen diktiert, die Milliarden verdienen, während

die Mehrheit der Menschheit unter der Pandemie leidet. Ungefähr 60 Prozent der Impfstoffe, die im Jahr 2021 produziert werden, wurden bereits von Ländern monopolisiert, die 16 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren. Um weitere 40 Prozent der zu produzierenden Dosen kämpfen 84 Prozent der Menschen.

In Brasilien gibt es 30 Anlagen zur Herstellung von Impfstoffen für Rinder und nur zwei für Humanimpfstoffe. Es ist möglich, diese Fabriken für die Produktion von Impfstoffen gegen Coronaviren umzubauen.

Impfstoffe für alle! Weg mit Bolsonaro! Das ist eine grundlegende Voraussetzung, um der Pandemie zu begegnen und Leben zu retten. Shut-down von 30 Tagen und Testen der gesamten Bevölkerung!

Um eine wirksame Quarantäne zu garantieren, wird eine Soforthilfe für alle Beschäftigten von

mindestens 600 Real [etwa 90 Euro] bis zum Ende der Pandemie benötigt – mit Arbeitsplatzsicherheit, bezahlter Freistellung für Beschäftigte in Industrie und Handel. Für vom Konkurs bedrohte kleine Unternehmen sind ebenfalls eine Soforthilfe und die Aussetzung von Steuern und Gebühren notwendig.

Gesundheitsstreik zur Verteidigung des Lebens! Die Arbeitenden sind kein Kanonenfutter. Sie akzeptieren nicht, dass sie ihr eigenes Grab schaufeln, während das Land im Zusammenbruch versinkt. Es ist notwendig, einen Gesundheitsstreik in den Fabriken und großen Einzelhandelsgeschäften zu diskutieren, vorzubereiten und zu organisieren, der es ermöglicht, bei vollem Lohn zu Hause zu bleiben.

Staatsschulden aussetzen und Milliarden besteuern! Die Hälfte des Staatshaushaltes geht für den Schuldendienst drauf. Wir müssen ihre Zahlung aussetzen und die Reichen besteuern.

Beatrix Sassermann basierend auf Artikeln von der Webseite der Partei PSTU

Pandemie der sozialen Ungleichheit

Covid-19 mehrt Armut und Reichtum

Christoph Butterwegge

Der mittelalterlichen Pest bescheinigt man, eine Pandemie gewesen zu sein, nach der die soziale Ungleichheit in Europa geringer war als zuvor. Seinerzeit sanken die Lebensmittel-, Boden- und Immobilienpreise wegen fehlender Bewohner/innen, wohingegen die Löhne aufgrund fehlender Arbeitskräfte und einer gestärkten Verhandlungsposition der übriggebliebenen stiegen.

Während der Covid-19-Pandemie hat sich die soziale Ungleichheit hingegen auf der ganzen Welt zum Teil drastisch verschärft. Dafür ist allerdings nicht das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 verantwortlich, vor dem hinsichtlich seiner Infektiosität vielmehr alle Menschen gleich sind. Nur weil sich deren Gesundheitszustand, Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Einkommens-, Vermögens- und Wohnverhältnisse zum Teil stark voneinander unterscheiden, sind auch die Infektionsrisiken sehr ungleich auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen verteilt.

Ungerecht ist also nicht das Virus selbst, sondern die Klassengesellschaft, auf deren Mitglieder es trifft. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, Machtstrukturen und Verteilungsmechanismen bewirken, dass Covid-19 den Trend zur sozioökonomischen Polarisierung verstärkt. Die schwere wirtschaftliche Verwerfungen erzeugende Pandemie macht das Kardinalproblem der Bundesrepublik, die wachsende Ungleichheit, nicht bloß wie unter einem Brennglas sichtbar. Sie wirkt auch als Katalysator, wodurch sich diese weiter verschärft.

Von der Pandemie am stärksten betroffen sind die Immun- und die Finanzschwächsten: Sozial bedingte Vorerkrankungen wie Asthma, Adipositas (Fettleibigkeit) oder Diabetes, katastrophale Arbeitsbedingungen (z.B. in der Fleischindustrie) sowie beengte und hygienisch bedenkliche Wohnverhältnisse erhöhen das Risiko für eine Infektion und einen schweren Covid-19-Krank-



heitsverlauf für Obdach- und Wohnungslose, aber auch andere Menschen in Gemeinschaftsunterkünften wie Strafgefangene, Geflüchtete, (süd)osteuropäische Werkvertragsarbeitskräfte und Saisonarbeiter/innen, Migrant(inn)en ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, Suchtkranke, Prostituierte, Erwerbslose, Geringverdienende, Kleinstrentner/innen und Transferteilnehmer/innen.

Die als Reaktion auf die Pandemie behördlich verordnete Schließung von Geschäften, Gaststätten, Hotels, Clubs, Kinos, Theatern und anderen Einrichtungen hatten erhebliche wirtschaftliche Einbußen für die dort Tätigen, aber auch Konkurse und Entlassungen zur Folge. Die mit Verzögerung einsetzende, als größte Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg geltende Wirtschaftskrise warf nicht bloß ein Schlaglicht auf die hierzulande bestehende Ungleichheit. Sie erhöhte sie in Teilbereichen noch.

Unter dem Druck der Coronakrise, die zu Einkommensverlusten durch Kurzarbeit, Geschäftsaufgaben und Arbeitslosigkeit geführt hat, kauften mehr Familien bei Lebensmittel-Discountern ein, wodurch die Besitzer solcher Ladenketten wie Aldi Nord und

Aldi Süd, die ohnehin zu den vermögendsten Deutschen gehören, noch reicher geworden sind. Dieter Schwarz, Eigentümer von Lidl und Kaufland, hat sein Privatvermögen, das auf 41,8 Milliarden Euro geschätzt wird, in den vergangenen zwei Jahren laut dem US-Wirtschaftsmagazin Forbes um 14,2 Milliarden Dollar gesteigert. Viele kleine Einzelhändler/innen haben wegen der Schließung ihrer Läden und ausbleibender Kunden hingegen ihre Existenzgrundlage verloren.

Zudem verschärfte sich die Geschlechterungleichheit, denn Frauen waren häufiger in Krisenbranchen wie dem Gastgewerbe tätig. Außerdem mussten vor allem Mütter im Erwerbsleben zurückstecken, weil sich Beruf und Familie im Homeoffice bei geschlossenen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen noch weniger miteinander vereinbaren ließen als sonst. Während sich das Erwerbseinkommen von Frauen verringerte, vermehrte sich die von ihnen erbrachte Sorgearbeit, weshalb man von ihrer „doppelten Benachteiligung“ (Bettina Kohlrausch/Aline Zucco) sprechen kann.

Zwar brachen die Aktienkurse an sämtlichen Börsen der Welt vorübergehend ein, dramatische Verluste erlitten aber vor allem

Kleinaktionäre, die zu Panikreaktionen und überhasteten Verkäufen neigen. Hedgefonds und Finanzkonglomerate wie BlackRock wetteten hingegen sogar mittels Leerverkäufen erfolgreich auf fallende Aktienkurse und verdienen an den Einbußen der Kleinanleger/innen. Großaktionäre dürften die Gunst der Stunde außerdem für Ergänzungs Käufe zu relativ niedrigen Kursen genutzt und davon profitiert haben, dass der Kurstrend in Erwartung eines staatlichen Konjunkturprogramms bald wieder nach oben zeigte. Während der dritten Infektionswelle erreichte der Deutsche Aktienindex (Dax) einen historischen Rekordstand.

Bund, Länder und Gemeinden haben in der Coronakrise hohe Geldbeträge für direkte Finanzhilfen, Bürgschaften und Kredite

Personengruppen wie Obdachlose, Hartz-IV-Bezieher/innen und Kleinstrentner/innen wurden hingegen – wenn überhaupt – nur am Rande berücksichtigt.

BMW ließ sich für über 20.000 Beschäftigte in Kurzarbeit fast die gesamten Lohnkosten (einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung) erstatten, zahlte aber im Mai 2020 nicht weniger als 1,64 Milliarden Euro an Dividenden für das Vorjahr aus. Davon erhielten die beiden Großaktionäre Susanne Klatten und Stefan Quandt, denen fast die Hälfte des Münchner Automobilkonzerns gehört, allein 769 Millionen Euro.

Weniger großzügig verhielt sich der Staat gegenüber Studierenden, die ihren Nebenjob (z.B. in der Gastronomie) verloren. Da sie weder Kurzarbeiter- noch Arbeitslosengeld beantragen konnten, kam es zu Studienabbrüchen. Selbst die „Sozialschutz-Pakete“ der CDU/CSU/SPD-Koalition wiesen eine verteilungspolitische Schiefelage auf. Für die Hartz-IV-

Bezieher/innen gab es selbst dann keinen Ernährungszuschlag, wenn ihre Kinder während der KiTa- und Schulschließungen zuhause gepflegt werden mussten, anstatt wie sonst kostenfrei die Gemeinschaftsverpflegung in der öffentlichen Bildungsbzw. Betreuungseinrichtung zu nutzen.

Erst im September bzw. Oktober 2020 bekamen Eltern 300 Euro pro Kind, die den Familien im Hartz-IV-Bezug etwas halfen, zumal sie nicht auf das Arbeitslosengeld II bzw. das Sozialgeld angerechnet wurden. Ausländische Eltern, die als Geduldete keinen Anspruch auf Kindergeld hatten, gingen jedoch ebenso leer aus wie Flüchtlingsfamilien, die sich noch im Asylverfahren befanden. Dasselbe gilt für die Neuauflage des Kinderbonus in Höhe von 150 Euro, der ebenso wie ein gleich hoher Betrag für Grundsicherungsbezieher/innen erst im Mai ausgezahlt wird und nur symbolischen Wert hat.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge hat bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt. Zuletzt ist sein Buch „Ungleichheit in der Klassengesellschaft“ im PapyRossa Verlag erschienen.

Mick Jagger and Dave Grohl Lockdown Single „Easy Sleazy“ [Auszug]

Easy Sleazy

Shooting the vaccine,
Bill Gates is in my bloodstream
It's mind control
The earth is flat and cold
it's never warming up
The arctic's turned to slush
The second coming's late
There's aliens in the deep state

Wie geschmiert

Die Impfdosis reingeschossen
Und Bill Gates ist in meinem Blutkreislauf
Das ist Gedankenkontrolle
Die Erde ist eine Scheibe. Und kalt.
Erwärmt sich nie und nimmer.
Die Arktis wird zu Matsch.
Die Zweite [Welle] kommt spät
Da sind Aliens im Tiefen Staat.

Song siehe: <https://www.brooklynvegan.com/listen-to-mick-jagger-dave-grohl-lockdown-single-easy-sleazy/>

bereitgestellt, die hauptsächlich den Unternehmen – auch und gerade Konzernen wie der Lufthansa, dem Reiseanbieter TUI oder Galeria Karstadt Kaufhof – zugutekamen. Sozial benachteiligte

Mitmachen für ZeroCovid

Mehr als 111.000 Menschen haben den Aufruf #ZeroCovid: Für einen solidarischen europäischen Shutdown in nur drei Monaten unterschrieben. Wir laden alle ein, die für eine solidarische Pandemiebekämpfung eintreten, aktiv zu werden. Wir richten uns an die Zivilgesellschaft und an die Gewerkschaften. Aus der Initiative für den Aufruf hat sich eine Kampagne entwickelt.

Was du tun kannst?

• **Unterschreib den Aufruf** <https://zero-covid.org/> und leite ihn an Freund*innen und Bekannte weiter.

• **Verbreite unsere Hashtags** #ZeroCovid und #CovidAtWork in den sozialen Medien!

• **Bestell die Zeitung und verteile sie** an Kolleginnen und Kollegen, Nachbar*innen und Freund*innen.

Kontakte & Adressen:

Mail zerocovid@gmx.net

Zeitung bestellen <https://zero-covid.org/zeitung/>

Facebook <https://www.facebook.com/ZeroCovid-German>

Twitter https://twitter.com/zeroCovid_DACH

Instagram: https://www.instagram.com/zerocovid_de/

12. Mai – Tag der Pflege

Am 12. Mai wird weltweit der „Tag der Pflege“ begangen. Er erinnert an die britische Krankenschwester Florence Nightingale.

Im zweiten Corona-Jahr 2021 erinnern wir – zusammen mit der Gewerkschaft verdi – an den miserablen Zustand des Gesundheitssektors.

Seit 1990 wurden in Deutschland 465 Krankenhäuser geschlossen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Behandlungen um rund ein Drittel. Die Zahl der Pflegekräfte wurde deutlich abgebaut. Der Stress bei

der Pflegearbeit hat sich enorm erhöht. Aktuell wird Corona als Vorwand genutzt, um Arbeitszeiten auszuweiten und die Pflegepersonaluntergrenzen auszusetzen. Wir fordern ein Ende der Privatisierungen, die Neuorganisation des Krankenhausesektors komplett in öffentlicher Trägerschaft, ein Ende der Fallpauschalen, die massive Aufstockung der Zahl der Pflegekräfte und eine deutlich bessere Entlohnung.

Infos siehe auch:

<https://www.krankenhaus-statt-fabrik.de/>